Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische

Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 167 (2001)

Heft: 7-8

Rubrik: Bericht aus dem Bundeshaus

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 28.11.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Bericht aus dem Bundeshaus

Geschäfte des VBS in der Sommersession 2001

Folgende Geschäfte des VBS wurden in der **Sommersession** vom vergangenen Juni behandelt: **Im Nationalrat**

■ Botschaft zur Volksinitiative «für eine glaubwürdige Sicherheitspolitik und eine Schweiz ohne Armee»

Der Bundesrat hat sich im Juli 2000 gegen diese Volksinitiative ausgesprochen. Er empfiehlt sie Volk und Ständen ohne Gegenvorschlag zur Ablehnung. Ihre Annahme hätte schwer wiegende Folgen für die heutige Sicherheitspolitik. Ohne Armee würde die Schweiz ihre Fähigkeit zur militärischen Verteidigung verlieren. Sie würde in ihren Möglichkeiten eingeschränkt, einen Beitrag zur internationalen Friedensunterstützung zu leisten und bei der Bewältigung existenzieller Gefahren im In- und Ausland mitzuwirken.

Auch der Nationalrat ist der Argumentation des Bundesrates gefolgt und hat mit 108 zu 34 Stimmen (bei 10 Enthaltungen) ebenfalls die Ablehnung der Initiative empfohlen.

Der Ständerat hatte sich bereits in der **Frühjahrssession 2001** mit 38 zu 0 Stimmen gegen die Initiative ausgesprochen.

■ Botschaft zur Volksinitiative «Solidarität schafft Sicherheit. Für einen freiwilligen Zivilen Friedensdienst (ZFD)»

Der Bundesrat hat auch diese Volksinitiative der «Gruppe Schweiz ohne Armee (GSoA)» im Juli 2000 ohne Gegenvorschlag abgelehnt. Die Schweiz leistet bereits heute im Bereich der humanitären Hilfe und der zivilen Friedensförderung namhafte Beiträge. Ein allfälliger Ziviler Friedensdienst hätte negative Auswirkungen auf diese bewährten

und international geachteten Aktivitäten.

Auch der **Nationalrat** ist der **Argumentation** des Bundesrates **gefolgt** und hat mit 100 zu 60 Stimmen (bei 4 Enthaltungen) ebenfalls die **Ablehnung** der Initiative empfohlen.

Der **Ständerat** hatte sich in der **Frühjahrssession 2001** mit 31 zu 5 Stimmen **gegen** die Initiative ausgesprochen.

Zudem hat der Nationalrat folgende **Vorstösse** aus dem Zuständigkeitsbereich des VBS beraten:

- Die Motion Stéphane Rossini (SP) zu «Militärdienstbefreiung» wurde mit 66 zu 43 Stimmen abgelehnt.
- Die Motion Johann Niklaus Schneider-Ammann (FDP) zu Armee XXI. Sicherstellung des Milizprinzips wurde mit 82 zu 41 Stimmen abgelehnt.
- Die Motion Pierre Chiffelle (SP) zu «Schiesspflicht. Schluss dem Schuss zu immer mehr Kostenüberschuss» wurde mit 68 zu 45 Stimmen abgelehnt (bei 1 Enthaltung).
- Das **Postulat Fritz Abraham Oehrli** (SVP) zu «Finanzierung von Instituten der Friedensförderung» wurde **überwiesen**.
- Nationalrat Luzi Stamm (FDP) erklärte sich zur Antwort des Bundesrates zu seiner Interpellation «Nachrichtendienst. Problematische Reorganisation» als teilweise befriedigt.
- Schliesslich erklärte sich Nationalrat Yves Guisan (FDP) zur Antwort des Bundesrates zu seiner Interpellation «Verzicht auf veraltete Schiessplätze» als nicht befriedigt.

Neue Vorstösse

Folgende Vorstösse mit Federführung des VBS müssen, unter anderen, bis zur Herbstsession

Aus dem Seminar Armee XXI der Geschäftsleitung Verteidigung

Die Geschäftsleitung des Politikbereichs «Verteidigung» hat am Seminar Armee XXI vom Juni 2001 u.a. folgende Geschäfte behandelt:

- Führungslehrgang IV/2002
- Konzeptionsstudie Führungssystem Armee XXI
- Konzeptionsstudie Superstruktur XXI
- Kurzstudie Funktionen, Gradstruktur und Laufbahn der höheren Unteroffiziere in der Armee XXI
- Dienstleistungen 2003
- Konzeptionsstudie Gebirgsdienst Armee XXI
- Aufgaben der Projektleiter Verteidigung XXI
- Konsequenzen aus dem Abstimmungsresultat vom 10. Juni 2001 zur vorgezogenen Teilrevision des Militärgesetzes

vom Bundesrat beantwortet werden:

■ Motion Nationalrat Guido Zäch (CVP) zu Sozialdienst. Einsatz im Dienste der Allgemeinheit:

Mit der Motion wird der Bundesrat aufgefordert, die gesetzlichen Grundlagen für ein Sozialjahr zu schaffen, damit die weder durch die Armee noch vom Bevölkerungsschutz benötigten Personen zu einem Sozialjahr zum Wohle der Gesellschaft verpflichtet werden.

■ Motion Nationalrätin Anita Fetz (SP) zu Abschaffung der ausserdienstlichen Schiesspflicht im Rahmen der Armee XXI:

Nationalrätin Fetz fordert den Bundesrat auf, Artikel 63 des Militärgesetzes so zu ändern, dass die Pflicht der jährlichen ausserdienstlichen Schiessübungen abgeschafft wird.

■ Parlamentarische Initiative Nationalrat Jean-Michel Cina (CVP) zu Rahmengesetz für kommerziell angebotene Risikoaktivitäten und das Bergführerwesen:

Die Parlamentarische Initiative verlangt die Schaffung eines schweizerischen Rahmengesetzes für kommerziell angebotene Risikoaktivitäten im Outdoorbereich sowie für das Bergführerwesen:

■ Motion Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Nationalrates zu Sicherheit bei Risikosportarten:

Im Zusammenhang mit der erwähnten Parlamentarischen Initiative Cina hat die Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Nationalrates eine Motion eingereicht, womit der Bundesrat beauftragt wird, bei kommerziell angebotenen Risikosportaktivitäten und für das Bergführerwesen für die Koordination im Sicherheitsbereich auf Bundesebene zu sorgen. ■ Postulat Sicherheitspolitische Kommission des Nationalrates zu Ziviler Friedensdienst:

Mit dem Postulat wird der Bundesrat ersucht, einen ausführlichen Bericht vorzulegen über:

- den Zivildienst, wie er gegenwärtig funktioniert, namentlich über allfällige Einsätze im Ausland;
 die Anzahl Friedensexperten, die Wählbarkeitskriterien wie auch über ihre Vorgehensweise und die von ihnen erzielten Ergebnisse;
- die Bereitschaft der jungen Leute in der Schweiz, sich für den Frieden in der Welt einzusetzen;
- die gegenwärtigen Möglichkeiten, eine allfällige Einsatzbereitschaft, namentlich im Rahmen von NRO, in die Tat umzusetzen;
 die Koordination zwischen staatlich und privat organisierten Aktivitäten;
- die mit den Instrumenten in ihrem Gesamtzusammenhang verfolgten politisch-strategischen Ziele und Schwergewichte;
- Ziviler-Friedensdienst-Konzepte in anderen Staaten, besonders in den Nachbarstaaten.
- Interpellation J. Alexander Baumann (SVP) zu Schaffung von Sachzwängen für Armee XXI:

Gemäss Nationalrat Baumann laufen dem Vernehmen nach bereits heute – vor der Genehmigung von Armeeleitbild und Militärgesetz – massive Massnahmen zur Umsetzung der Armee XXI. Das soll sich bis zur Bestellung von Rüstungsgütern und der Auswahl von Kommandanten der Grossen Verbände erstrecken. Der Bundesrat wird daher angefragt:

– Inwieweit werden mit Aktivitäten der Verwaltung in den Bereichen Rüstungsbeschaffung und Personalauswahl Entscheidungen getroffen, welche für die Detailformierung der Armee XXI präjudizierend sein könnten?

Aus der Departementsleitung VBS

Schwerpunktaufgaben

Strategie und Politik des VBS als Departement, Planung und Steuerung, Personal, Finanzen, Informatik, Kommunikationsstrategie. Die **Departementsleitung VBS** hat im **Mai 2001** u. a. folgende **Geschäfte** behandelt:

- Führungsgremien Chef VBS
- Budget 2002 und Finanzplanung. Stand und weiteres Vorgehen
- Entwurf Ziele VBS 2002 (1. Lesung)
- Orientierung über die Semesterberichterstattung I/2001
- Orientierung über Human Resources Management XXI.
- Neues Personalentwicklungskonzept für das VBS
- Risikosportarten
- Festlegung der Themen für das ParlamentarierInnen-Seminar vom 12. Juni 2001

- Teilt der Bundesrat die Auffassung, dass vor den definitiven Entscheidungen über die Armee XXI keinerlei Massnahmen getroffen werden dürfen, welche Zeitdruck, Zugszwang und Sachzwänge für die Armee XXI bewirken?
- Interpellation J. Alexander Baumann (SVP) zu Staatspropagandaministerium:

Nationalrat Baumann stellt dem Bundesrat folgende Fragen:

– Ist es mit dem Demokratieverständnis des Bundesrats und seiner Auffassung von Gewaltentrennung zu vereinbaren, dass das VBS im Hinblick auf die Volksabstimmungen eine Koordinationsund Auskunftsstelle Abstimmungen beim Generalsekretariat des Departements für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport eingesetzt hat?

- Wie viele Propaganda-CD sind insgesamt verteilt worden und an wen?
- Wie hoch sind die Produktionskosten für dieses Material, wie hoch die Verteilungskosten?
- Ist dieser Koordinations- und Auskunftsstelle bekannt, dass es mehr als 150 ParlamentarierInnen, nämlich 246 gibt?
- Was war das Kriterium für die Selektion der Parlamentsmitglieder als «würdige Empfänger» für die angebliche Informations-CD?
- Ist der Bundesrat auch der Ansicht, dass sich der Bund nicht mit bezahlter Werbung in eidgenössische Volksabstimmungen einmischen darf?
- Interpellation J. Alexander Baumann (SVP) zu Funktionsunfähigkeit der Armee 95:

Nationalrat Baumann erwähnt, dass gemäss einem Bericht der «Neuen Zürcher Zeitung» vom 26. März 2001 Bundesrat Samuel Schmid als Vorsteher des VBS in einem Referat erklärt: «Die Armee 95 funktioniert nicht mehr.» Noch am 22. November 2000 hat der Bundesrat in seiner Antwort auf die Interpellation «Armee 95. Umsetzung» von Nationalrat Baumann erklärt: «Die Armee 95 ist nicht gescheitert. Sie ist eingeführt und entsprechend ihren Aufgaben mit den ihr zur Verfügung stehenden Ressourcen funktionsfähig.» Nationalrat Baumann will demzufolge Folgendes wissen:

– Wie erklärt sich der Bundesrat den kurzfristigen Zerfall der Funktionsfähigkeit der Armee, welcher zwischen dem 22. November 2000 und dem 24. März 2001 eingetreten sein muss?

- Hält es der Bundesrat als einen der Gründe für den Missstand für möglich, dass die vorzeitig schon in der Truppe laufend geführten Diskussionen über die Änderungen im Hinblick auf die Armee XXI kostbare Arbeitszeit konsumiert haben, was dazu führen konnte, dass die eigentliche Arbeit oft zu kurz gekommen ist, die Motivation entfallen ist und die sich ausbreitenden Anzeichen von Verwirrung, Verunsicherung und Vertrauensverlust das Prinzip Ordnung der Aufweichung anheimfallen liessen?
- Hält es der Bundesrat nicht für angezeigt, die über hundert Punkte umfassende Mängelliste der Armee 95 im Hinblick auf die Diskussion über das Armeeleitbild XXI allen Parlamentsmitgliedern zur Verfügung zu stellen, damit gleichartige Fehler vermieden werden können?
- Die Armee 95 ist niemals richtig umgesetzt worden. Mit dem frühen Gerede über eine Armeereform XXI hat man die Verantwortlichen demotiviert, die Aufträge nach alter Ordonnanz noch abzutragen, was zur Demotivation und schliesslich zur Funktionsunfähigkeit der Armee geführt hat.

Aus der Geschäftsleitung Verteidigung

Schwerpunktaufgaben

Behandlung grundlegender Fragen der Sicherheit des Landes sowie der Personalpolitik im Bereich Verteidigung.

Die Geschäftsleitung des Politikbereichs «Verteidigung» hat im Mai 2001 u. a. folgende Geschäfte behandelt:

- Vorausmassnahmen 2002 und Dienstleistungen 2003
- Mutationen im Offizierskorps auf den 1. Juli 2001. Regimentskommandanten und ihm Gleichgestellte
- Mutationen auf hohen Posten der Armee auf den 1. Januar 2002
- Bezeichnung von Projektleitern Verteidigung XXI
- Verhältnis Betriebsausgaben/Investitionsausgaben
- Instruktorenverordnung

Wer trägt die fachliche und wer die politische Verantwortung für das Scheitern der Armee 95?

Thun – ein Zentrum der nationalen Sicherheitskooperation

Bundesrat Samuel Schmid, Chef VBS, stattete im Mai 2001 seinem grössten und ältesten Waffenplatz den ersten offiziellen Besuch ab. Im Zentrum des Besuchsprogramms standen die Simulatoren. Die Simulatoren in Thun seien Schlüsselinfrastrukturen für die Armee XXI, führte Bundesrat Samuel Schmid aus. Nicht zuletzt aber seien diese Infrastrukturen auch Schlüsselinfrastrukturen im Zusammenhang mit jenen Ausbildungsbedürfnissen der Armee, die nicht im eigenen Land befriedigt werden könnten. Der Chef VBS bezeichnete die Simulatoren als sinnvolles schweizerisches Verrechnungsangebot im Rahmen der internationalen Ausbildungskooperation. Sofern der Wille des Bundesrates im Parlament und im Volk mehrheitsfähig sei, werde der Waffenplatz Thun auch im Rahmen der Armee XXI weiterhin eine zentrale Rolle spielen, sagte Bundesrat Samuel Schmid am Schluss einer Stellungnahme zur Besichtigung.

Beim anschliessenden Empfang durch den Gemeinderat Thun in einer Panzerhalle referierte Bundesrat Samuel Schmid über seine Visionen für eine moderne nationale Sicherheitskooperation. Er gab zu bedenken, dass es noch nicht genüge, mit der Armee XXI und dem System Bevölkerungsschutz die institutionellen und technischen Strukturen geschaffen zu haben. Jetzt müsste dieses Kooperationssystem gelebt werden, bzw. es müsse eine echte Kooperationskultur entstehen. Bundesrat Samuel Schmid betonte, dass nationale Sicherheitskooperation für ihn zusätzliche Kommunikation, objektive Information und vor allem das

«Schmi(e)den» von Partnerschaften bedeute. In diesem Zusammenhang kündigte er die Verstärkung der Information der Bevölkerung über die «wirklichen» sicherheitspolitischen Zusammenhänge und eine Offensive bezüglich des Einbezugs der Frauen in die Sicherheitspolitik an.

Im Rahmen seines Referates informierte Bundesrat Samuel Schmid über das Projekt «Thun ein Zentrum der nationalen Sicherheitskooperation». Dieses Projekt, das in Zusammenarbeit zwischen dem VBS und der Stadt Thun entstanden sei und erst am Anfang stehe, stimme mit seinen Visionen überein. Bundesrat Samuel Schmid beschrieb, dass im Raum Thun die Voraussetzungen zur Verstärkung der Konferenzdiplomatie vorhanden seien. Überall seien bereits heute der Wille und die Bereitschaft zur Kooperation zwischen der Armee, den zivilen Behörden und den Partnern des Bevölkerungsschutzes spürbar. Zudem seien in der Region mit dem VBS, den RUAG-Betrieben, dem Zivilschutzausbildungszentrum Schwarzenburg und dem AC-Laboratorium Spiez auf engstem Raum zahlreiche sicherheitspolitische Infrastrukturen und Kompetenzzentren vorhanden, die anlässlich solcher Konferenzen gleichzeitig breites «Knowhow» und modernstes Anschauungsmaterial böten. Der Departementschef hob speziell hervor, dass das Projekt Thun besonders dazu geeignet sei, die Zusammenhänge und das Zusammenwirken zwischen der nationalen und internationalen Sicherheitskooperation in die Öffentlichkeit zu tragen. Das sei wichtig, denn dadurch entstünden Verständnis, Vertrauen und Akzeptanz.

Weiter gab Bundesrat Samuel Schmid bekannt, dass er den Kampf gegen die weltweite Minenseuche verstärken und deshalb in Thun eine zentrale Ausbildungsinfrastruktur für Supervisoren schaffen wolle. Dadurch baue er die Partnerschaft New York-Genf-Thun weiter aus.

Aus dem Geschäftsleitungsausschuss Verteidigung

Schwerpunktaufgaben

Behandlung der Verwaltungsgeschäfte (mit Schwergewicht Ressourcen) des Politikbereichs «Verteidigung»

Der Geschäftsleitungsausschuss des Politikbereichs «Verteidigung» hat im Mai 2001 u. a. folgende Geschäfte behandelt:

- Entwurf zu einer Stellungnahme des VBS zum Bericht über die Umsetzung der Empfehlungen aus dem Bericht der Geschäftsprüfungskommission des Nationalrates vom 16. April 1998: «Das Instruktionskorps»
- Logistik XXI. Strukturorganisation in der Armee XXI
- Botschaft über die Beschaffung von Armeematerial (RP 2001). Kenntnisnahme der neusten Fassung
- Botschaft über militärische Immobilien (Immobilienbotschaft Militär 2002)
- Personal-Informations-System der Armee (PISA 2000)